

INFO LBB Corona 09 (06.07.2020)

Liebe Leser*innen,

neben unserem LBB-Newsletter möchten wir Ihnen in der Zeit der Corona-Pandemie einen zusätzlichen Wochenrückblick geben.

Eine interessante Lektüre wünscht das LBB-Team und bleiben Sie gesund!

Inhaltsverzeichnis

- Corona-Verordnung und gehörlose oder schwerhörige Menschen
- Landesteilhabebeirat: Telefonkonferenz der stimmberechtigten Mitglieder
- Telefonkonferenz der Landesbehindertenbeauftragten mit dem Behindertenbeauftragten der Bundesregierung
- Gewährleistung von persönlicher Assistenz in der Corona-Pandemie: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen reicht eine Kleine Anfrage ein
- Austausch mit Abgeordneten der SPD-Fraktion
- Austausch mit Eine Schule für Alle Bremen e.V.
- Öffnung des Gehörlosenzentrums / Beratung der Blinden- und Sehbehindertenberatungsstelle
- Mund-Nasen-Bedeckung - Beratung bei Diskriminierung durch die Antidiskriminierungsstelle des Bundes
- Abschließende Anmerkungen
- Erreichbarkeit des LBB

Dinge bewegen sich allmählich in die richtige Richtung.

Doch wäre es schön, wenn sich die Rückkehr in einen Zustand nahe der Normalität im selben Maß für Behinderte wie für Nicht-Behinderte vollziehen würde.

Seit dem Beginn der „Coronavirus-Pandemie“ sind der Landesbehindertenbeauftragte und sein Team aktiv (unter anderem im „Corona-Steuerungskreis SGB IX“) an der Debatte zur Krisenbewältigung in Bremen beteiligt.

Rückblickend gab es folgende Aktivitäten und Themenschwerpunkte aus dem Büro des Landesbehindertenbeauftragten in der vergangenen Woche:

Corona-Verordnung und gehörlose oder schwerhörige Menschen

§ 3 Absatz 3 Nr. 2 der 10. Corona-Verordnung (Mund-Nasen-Bedeckung) besagt seit neuestem, dass gehörlose oder schwerhörige Menschen, ihre Begleitpersonen und andere Personen, die mit diesen kommunizieren, von der Bedeckungspflicht ausgenommen sind.

Für schwerhörige Menschen, die keine Gebärdensprache nutzen, ist die Befreiung von der Mund-Nasen-Bedeckung sehr hilfreich, um etwas vom Mund ablesen zu können. Deshalb ist die Klarstellung innerhalb der Verordnung zu begrüßen. Nach unseren Informationen haben Gehörlose jedoch häufiger die Erfahrung gemacht, dass sich andere Personen intensiver bemühen, etwas zu zeigen oder zu erklären, wenn die Maske getragen wird. Deshalb unterstützen viele Gehörlose weiterhin das grundsätzliche Gebot der Mund-Nasen-Bedeckung.

https://www.gesetzblatt.bremen.de/fastmedia/832/2020_07_01_GBI_Nr_0059_signe_d.pdf

Landesteilhabebeirat: Telefonkonferenz der stimmberechtigten Mitglieder

Die stimmberechtigten Mitglieder haben sich neben der Fortschreibung des Landesaktionsplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und der Einrichtung eines medizinischen Zentrums für Erwachsene mit Behinderung zu den neuesten Entwicklungen der Corona-Pandemie wie zum Beispiel den Besuchsregelungen und der Gewährleistung von persönlicher Assistenz von Kindern und Jugendlichen ausgetauscht.

Die Stellungnahme des Landesbehindertenbeauftragten zur Unverhältnismäßigkeit der bestehenden Besuchsregeln wurde einhellig befürwortet. Der Landesteilhabebeirat hat sich zudem darauf verständigt, die Entwicklungen der kommenden Zeit abzuwarten und sich vorbehalten, hierzu eine eigenständige Erklärung abzugeben.

Telefonkonferenz der Landesbehindertenbeauftragten mit dem Behindertenbeauftragten der Bundesregierung

Arne Frankenstein nahm am 02. Juli an der Telefonkonferenz der Landesbehindertenbeauftragten mit dem Behindertenbeauftragten der Bundesregierung teil. Schwerpunktmäßig ging es neben dem Intensivpflege- und

Rehabilitationsstärkungsgesetz (IPReG), das am selben Tag mit einigen Nachbesserungen verabschiedet worden ist, um die Nachbesserungen zur Barrierefreiheit im Medienstaatsvertrag und um das Konjunkturpaket zur Bewältigung der Corona-Pandemie. Die Beauftragten werden sich bei den jetzt anstehenden Konkretisierungen darum bemühen, dass investive Maßnahmen möglichst zum Abbau von Barrieren eingesetzt werden.

Gewährleistung von persönlicher Assistenz in der Corona-Pandemie: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen reicht eine Kleine Anfrage ein

In der Kleinen Anfrage *Teilhabe an Bildung von behinderten Kindern und Jugendlichen während der Corona-Pandemie* wird unter anderem gefragt, welche Maßnahmen der Senat unternommen hat, um die im Schulgesetz verankerte Inklusion auch unter den schwierigen Bedingungen der Pandemie umzusetzen und wie bei einer möglichen zweiten Infektionswelle eine Teilhabe über itslearning und weitere in den Einsatz genommene Systeme (zum Beispiel für Video-Konferenzen) barrierefrei sichergestellt wird.

https://www.bremische-buergerschaft.de/drs_abo/2020-07-01_Drs-20-266%20S_f4d1f.pdf

Austausch mit Abgeordneten der SPD-Fraktion

Am 2. Juli fand per Videokonferenz ein Kennenlernen sowie ein Gedanken- und Meinungsaustausch zwischen dem Landesbehindertenbeauftragten und Sascha Aulepp (Sprecherin für Justiz und SPD-Landesvorsitzende), Mustafa Güngör (Fraktionsvorsitzender), Birgit Pfeiffer (unter anderem Sprecherin für Soziales) und Holger Welt (unter anderem Sprecher für Menschen mit Beeinträchtigungen) statt. Dort kamen inhaltlich auch die Erfahrungen mit der Corona-Krise zur Sprache: Persönliche Assistenz von Kindern und Jugendlichen, Besuchsregelungen in den Einrichtungen und Tagesförderstätten sowie die Beschäftigungs- und Entgeltsituationen in den Werkstätten für behinderte Menschen.

Arne Frankenstein machte zudem deutlich, dass der Bremen-Fonds zur Bewältigung der Pandemie unbedingt zum Abbau von Barrieren eingesetzt werden müsse. Eine gute und zukunftsgerichtete Stadtentwicklung könne nur eine inklusive und barrierefreie Stadtentwicklung sein, so der Beauftragte. Im Zuge der Enquete-

Kommission zum Klimaschutz müssten deshalb unbedingt auch die Belange behinderter Menschen Berücksichtigung finden.

Vereinbart wurde ein stetiger Austausch, um die gleichberichtigte Teilhabe behinderter Menschen im Land Bremen als wichtige Querschnittsaufgabe langfristig voranzubringen.

Austausch mit Eine Schule für Alle Bremen e.V.

Am 3. Juli fand ein Treffen mit Elke Gerdes und Robert Benckert vom Vorstand von Eine Schule für Alle Bremen e.V. unter anderem zur Situation behinderter Schüler*innen in der Corona-Pandemie statt.

Die Beteiligten waren sich einig, dass es weiterhin struktureller Verbesserungen bedarf, um sicherzustellen, dass sich alle Schulen in Bremen zu inklusiven Schulen entwickeln und alle Schüler*innen ihr subjektives Recht auf Teilhabe an Bildung ausüben können. Die Pandemie zeigt insoweit die Verbesserungsbedarfe des Schulsystems wie unter einem Brennglas. Besonderes Augenmerk sollte in diesem Zusammenhang auch auf die Chancen und Risiken gelegt werden, die das Thema Digitalisierung für die Teilhabe an Bildung für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen mit sich bringen. Schließen waren sich der Beauftragte und die Vereinsvertreter*innen einig, dass die Zukunftsperspektiven von behinderten Schulabgänger*innen auf dem ersten Arbeitsmarkt besondere Beachtung benötigen. In diesem Zusammenhang verweisen wir auch auf die Berichterstattung des Weser-Kuriers vom heutigen Tag (06.07.2020):

https://www.weser-kurier.de/bremen/bremen-stadt_artikel,-kritiker-sehen-schule-fuer-alle-in-gefahr-_arid,1921983.html

Gesprochen wurde auch über das Bremer Memorandum *Inklusion in Schule und Bildungspolitik ins Zentrum rücken!*, das klar Position bezieht für eine inklusive Schule. Zu den Unterzeichner*innen des Memorandums zählen 30 Organisationen, Verbände und Vereine in Bremen (der Landesbehindertenbeauftragte zählt auch dazu).

https://www.behindertenbeauftragter.bremen.de/themen/bildung_und_wissenschaft-2636

Öffnung des Gehörlosenzentrums / Beratung der Blinden- und Sehbehindertenberatungsstelle

Das Gehörlosenzentrum Bremen ist für erste Treffen geöffnet worden: es wird wieder Gymnastik in Kleingruppen durchgeführt und das Seniorentreffen konnte erstmals wieder stattfinden.

Darüber hinaus führt der Landesverband der Gehörlosen in Bremen wieder Beratungen nach Terminabsprache durch.

Auch in der Blinden- und Sehbehindertenberatungsstelle des Blinden- und Sehbehindertenvereins Bremen e.V werden jetzt wieder Beratungen durchgeführt.

Mund-Nasen-Bedeckung - Beratung bei Diskriminierung durch die Antidiskriminierungsstelle des Bundes

Wie in den vergangenen Wochen mehrfach berichtet, erreichen den Landesbehindertenbeauftragten im Bereich der „Mund-Nasen-Bedeckung“ weiterhin Beschwerden von Bürger*innen, denen unter Berufung auf das Hausrecht der Zutritt zu Geschäften verweigert worden ist, nachdem sie darauf hingewiesen hatten, behinderungsbedingt keine Mund-Nasen-Bedeckung tragen zu können.

Die rechtliche Bewertung der Einzelanliegen führt zu dem Ergebnis, dass in allen Fällen die Bedeutung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes als Grenze der Privatautonomie und die wertsetzende Bedeutung von Art. 3 Abs. 3 Satz 2 GG bei dessen Auslegung verkannt worden ist.

Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes hat einen aktuellen Fall einer Kundin, der der Zutritt in einem Elektronikfachmarkt verwehrt wurde, aufgegriffen, rechtlich bewertet und eine positive Lösung für die Kundin erreicht.

Da es keine einheitliche Regelung gibt, ist es für den Landesbehindertenbeauftragten weiterhin dringend notwendig, dass der Einzelhandel bundesweit rechtskonforme Zustände schafft. Deshalb wird sich das Büro des Beauftragten in dieser Woche auch an den Handelsverband Niedersachsen-Bremen mit der Bitte um Unterstützung wenden.

https://www.antidiskriminierungsstelle.de/DE/Beratung/Der_aktuelle_Fall/Behinderung/Corona_Schutzmasken.html

Abschließende Anmerkungen

Das Bundesteilhabegesetz stärkt die Selbstbestimmungsrechte von behinderten Menschen. Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport hat zum Bundesteilhabegesetz das Magazin *Selbst.Bestimmt.* in einfacher Sprache (Verso) veröffentlicht.

Das Magazin hat nicht den Anspruch das ganze Gesetz zu erklären, es liefert aber viele Informationen und Hintergründe und greift viele wichtige Fragen auf.

https://www.soziales.bremen.de/soziales/bthg__das_bundesteilhabegesetz/selbst_bestimmt__das_magazin_zum_bundes_teilhabe_gesetz-97185

Sprachlernangebote für Zugewanderte und Geflüchtete mit kognitiven Einschränkungen: am 1. Juli organisierten in der gewohnt guten Zusammenarbeit Marcus Wächter-Raquet (Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e.V.) und Kai Baumann einen gut besuchten Austausch über die Bedarfslage in Bremen, Konzepte und Umsetzungsmöglichkeiten.

Näheres dazu in der nächsten Ausgabe unseres regulären Newsletters.

Erreichbarkeit des LBB

Wir sind natürlich für Sie da!

Sie können uns gerne Ihre konkreten Anliegen telefonisch und per E-Mail unter den bekannten Nummern/Adressen mitteilen.

<https://www.behindertenbeauftragter.bremen.de/kontakt-738>

**Herausgeber: Der Landesbehindertenbeauftragte der Freien Hansestadt
Bremen**